

Sind 40 Prozent zu viel?

Diskussion um geförderten Wohnraum für Projekt Spargelacker im Ortsbeirat

Von Julia Bernigau

LERCHENBERG. Sind 40 Prozent geförderte Wohnungen für das Projekt Spargelacker zu viel? Wegen dieser Frage ist eine Diskussion im Lerchenberger Ortsbeirat entbrannt. Bisher hat die Freude überwogen, dass auf dem Areal in Nachbarschaft zum ZDF und der Gustav-Mahler-Siedlung etwa 400 neue Wohnungen entstehen sollen. 40 Prozent der geplanten Wohnungen sollen sozial gefördert werden. Die Kaltmiete würde für diese Wohnungen bei 7 bis 8 Euro pro Quadratmeter liegen.

Ein Antrag der CDU, FDP und ÖDP kritisierte nun aber diesen angestrebten Anteil. Maximal zehn Prozent geförderte Wohnungen wollen die Fraktionsmitglieder. Stattdessen wünschen sich die Parteien 30 Prozent Eigentumswohnungen. Zusätzlich soll die Bauweise um Reihen- und Doppelhäuser erweitert werden. Doch warum stoßen sich CDU, FDP und ÖDP an den 40 Prozent? Die Nähe zu der Gustav-Mahler-Siedlung ließe einerseits befürchten, dass sich „die sozial angespannte Si-

tuation“ verschärfe. In den letzten Jahren sei es nicht gelungen, in der Gustav-Mahler-Siedlung eine soziale Integration durchzuführen, sagt Markus Gillenberger (CDU). Ein hoher Anteil geförderter Wohnungen bei dem Projekt Spargelacker „packe Menschen zusammen“, befürchtet Gillenberger. Mit dieser Dichte käme man der sozialen Verantwortung nicht nach. Andreas Michalewicz (CDU) verweist dabei auf die Sozialraumanalyse der Stadt. Im Stadtteilbezirk Lerchenberg-Mitte/ZDF gebe es 593 geförderte Wohnungen. Dies entspreche einer Dichte von 198 Wohneinheiten pro 1000 Einwohner, der Durchschnitt in der Stadt Mainz liegt im Vergleich bei 26,3.

Auch Karl-Heinz Schimpf (ÖDP) sieht die unmittelbare Nachbarschaft als entscheidenden Faktor, der berücksichtigt werden sollte. Denn eine schlechte soziale Durchmischung könnte dazu führen, dass die nicht geförderten Wohnungen letztlich nur schwer belegt werden, fügt Schimpf an. Darüber hinaus seien die angestrebten 8 Euro Kaltmiete pro

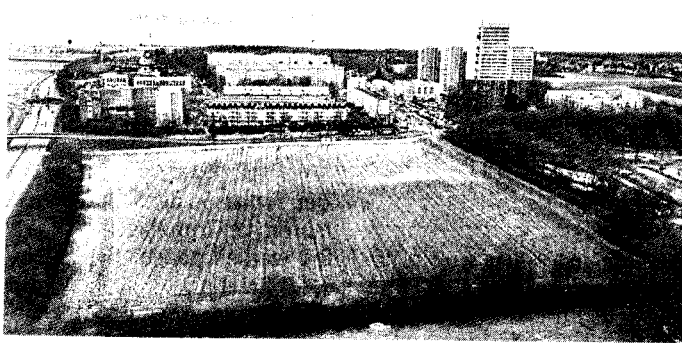
Quadratmeter nicht zu realisieren, kritisiert Dirk-Michael Rexroth (FDP).

Für SPD und Grüne sind die Einwände nicht nachvollziehbar: Nicole Krämer (SPD) kritisiert, dass die Fraktionen den Erfolg der Sozialarbeit in der Gustav-Mahler-Siedlung komplett ignorieren. Im Stadtratsbeschluss habe man sich zudem auf 30 Prozent geförderten Wohnungsbau geeinigt, ob es nun fünf oder zehn Prozent mehr werden, mache da keinen Unterschied. Doch zehn Prozent seien definitiv zu wenig.

Der Antrag von SPD und Grünen bittet die Verwaltung, bei der Planung ebenfalls auf „eine gute soziale Durchmischung unter Berücksichtigung der Sozialraumanalyse“ zu achten und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Dies sei vor dem Hintergrund wichtig, dass in Zeiten von Corona für viele die finanzielle Zukunft unsicher ist, sagt Ortsbeiratsmitglied Verena Weinberg (SPD).

Wenig Geld heiße nicht Vandalismus, betont Ortsvorsteherin Sissi Westrich (SPD). „Viele wollen ihre Kinder und Eltern bei sich haben – gerade während Corona“, sagt die Ortsvorsteherin.

Beide Anträge sind sich darin einig, dass eine weitere Kita in der Siedlung unterzubringen sei. Auch sollen die Wohnungen alters- und behindertengerecht sein. Während der Antrag von SPD und Grünen mit acht zu sechs Stimmen beschlossen wurde, ist der Antrag von CDU, FDP und ÖDP mit sieben Ja- und sieben Nein-Stimmen abgelehnt worden.



Etwa 400 Wohnungen sollen auf dem Areal in der Nähe des ZDF und der Gustav-Mahler-Siedlung entstehen. A: hivifoto: Görlach